Dezernent Wagner erklärte, in den Erläuterungen der Beschlussvorlage sei im ersten Absatz die Angabe „AG Euskirchen“ nicht korrekt. Es sei das AG Rheinbach, ebenso sei auf der zweiten Seite in der Aufzählung „für das gemeinsame Jugendschöffengericht beim AG Euskirchen“ die Änderung in „AG Rheinbach“ vorzunehmen.

Auf Hinweis der **Abg. Männig** wird die Verwaltung künftig für die Öffentlichkeit deutlich machen, dass sowohl eine Bewerbung über die Gemeinden als auch die unmittelbare Bewerbung beim Kreisjugendamt möglich ist.

Der Ausschuss fasste folgenden Beschluss: